



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der letzten Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

## **40., 41. und 42. Landtagssitzung**

### **Aktuelle Stunde**

Auf Antrag meiner Fraktion hieß das Thema: „Wirtschaft-Kita-Theater-Sicherheit: M-V auf gutem Weg“.

Wir tun was für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in M-V. Es werden mehr Polizisten sichtbar sein, die auf den Straßen ihren Dienst leisten. Gleichzeitig werden die Beamten für ihre anstrengenden Schichtdienste mehr Geld bekommen.

Wir entlasten die Familien bei den Kosten für die Kinderbetreuung. In zwei Schritten kommen wir dazu, dass M-V das erste Land ist, in dem Eltern nicht mehr für Ganztagsplätze in Krippe, Kita, Hort oder Tagespflege bezahlen müssen.

Wir denken an die Kultur. Die Ausgaben für die Theater werden steigen und die Künstler und Künstlerinnen werden endlich Tariftlöhne erhalten können. Sie erhalten für mindestens zehn Jahre eine sichere Perspektive.

All das hat seine Ursache natürlich in der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der Kommunen. Wir tragen heute nicht mehr die „Rote Laterne“ bei den Arbeitslosenzahlen. Seit 2005 sind mehr als 60.000 sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden.

Die Opposition sah das in der Debatte natürlich ganz anders.

Für viele Familien bedeutet die beitragsfreie Kita eine jährliche Entlastung um mehrere tausend Euro und viele junge Eltern werden das keinesfalls als politisches Theater empfinden, sondern sich einfach nur freuen.

### **Anträge und Aussprachen**

#### **Beitragsfreie Kita für Geschwisterkinder ab Januar 2019**

In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zu Änderung des Kifög erklärte Nadine Julitz aus meiner Fraktion, dass die beitragsfreie Kindertagesbetreuung für alle Geschwisterkinder ab Januar 2019 startet. Dann fallen Kita-Gebühren nur noch für das älteste Kind in der Kinderbetreuung an – und dazu zählen Krippe, Kita, Tagespflege oder Hort. Ab 2020 ist die Kindertagesbetreuung vollständig beitragsfrei. Dafür werden rund 120 Mio. Euro bereitgestellt.

#### **Anpassung Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG)**

Im Rahmen der Debatte über eine Novellierung des Gesetzes erklärte Manfred Dachner, dass es um die richtige Balance zwischen der Wahrung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte und den ihnen garantierten Grundrechten und den notwendigen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen geht, um den gestiegenen Sicherheitsbedürfnissen der Menschen zu entsprechen. Wir werden das sorgfältig abwägen. Die SPD-Landtagsfraktion wird ihre Vorstellungen zur Verbesserung der Sicherheit durch geeignete Maßnahmen ausschließlich auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichtes zum BKA-Gesetz ausrichten. Dabei ist es auch nicht schädlich, die Bemühungen anderer Länder in Augenschein zu nehmen.

#### **Drei Länder- eine Stimme für den Wassertourismus**

Der Landtag hat einen Antrag zur Nutzung gemeinsamer wassertouristischer Potentiale einstimmig angenommen.

Er folgt damit einer Initiative der Brandenburgischen Landtagsfraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, die ihren Antrag zu diesem Thema schon im Mai im Landtag Brandenburg beschlossen haben.

Der Nordosten der Republik verfügt über eine einzigartige Fluss- und Seenlandschaft, die die Grundlage für einen prosperierenden Wassertourismus darstellt, der für M-V, aber auch für Brandenburg und Berlin ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Leider ist dieser Wirtschaftsfaktor in Gefahr. Sei es die Befahrbarkeit der Nebenwasserstraßen des Bundes, der schlechte Zustand der Schleusen, die immer noch mangelnde Zusammenarbeit der Tourismusdestinationen diesseits und jenseits der Landesgrenzen usw. Uns ist klar, dass die Risiken aber auch die Chancen, die unsere Bundesländer im Bereich des Wassertourismus erwarten, ein gemeinsames Handeln aller Betroffenen bedürfen. Wir, MV, Brandenburg und Berlin müssen mit einer Stimme sprechen, um den Forderungen, die vor allem an die Bundesregierung gerichtet ist, mehr Gewicht zu verleihen und schon auf den Weg gebrachte Initiativen nachhaltig zu unterstützen.

### **Kein Patentrezept für Straßenbau-Beiträge**

Erneut debattierte der Landtag auf Antrag der BMV-Fraktion über Anliegerbeiträge für Straßenbau. Diese fordert eine Abschaffung und eine Teilung der Mehrkosten von Land und Kommunen. Die Koalition lehnte den Antrag an, will aber weiter in den Ausschüssen beraten. Im Gespräch sind bereits Kappungsgrenzen und Härtefallregelungen.

### **Mindestlohn für öffentliche Aufträge**

SPD und CDU haben einen Vergabemindestlohn für öffentliche Aufträge durchgesetzt. Firmen müssen für Bauaufträge 9.54 Euro pro Stunde zahlen.

### **Bessere Ausbildungsbedingungen im Handwerk**

Fraktionsübergreifend stimmte der Landtag dafür, dass sich M-V im Bund z.B. für eine kostenlose Meisterausbildung und generell für bessere Rahmenbedingungen bei der Ausbildung im Handwerk einsetzt.

### **Theater und Orchester können mit Zuversicht in Zukunft starten**

Anlässlich der Aussprache über die Zukunft der Theater- und Orchesterstrukturen wurde deutlich, seit wie vielen Jahren die Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft die kulturelle Debatte im Land, in Kommunen und bei allen Kulturschaffenden schon bestimmt. Jetzt erfährt sie endlich mit der getroffenen Einigung nach vielen zähen Verhandlungsrunden eine positive Wende, mit der wohl in dieser Form viele nicht gerechnet hätten.

Das Ziel, ein vielfältiges und hochwertiges Theaterangebot an allen bisherigen Standorten zu sichern und dafür nachhaltige und finanzierbare Strukturen zu bilden ist geglückt. Der Gesamtzuschuss des Landes steigt von 36 Mio. € auf 40 Mio. € mit einer Dynamisierung von 2,5% jährlich für alle Mehrspartentheater, um sich so schrittweise dem Flächentarif zu nähern. Es müssen auch Stellen abgebaut werden, allerdings sind es nicht wie zunächst vorgesehen 60, sondern 30 und diese werden sozialverträglich abgebaut. Diese Ergebnisse sind mit den Kommunen gemeinsam erzielt worden. Das ist auch kein Einkassieren der Reform, sondern einfach ein anderes Ergebnis, als zunächst angenommen.

Das ist doch das, was alle von Politik erwarten. Gespräche führen, auf Kritik eingehen, Entscheidungen überdenken!

### **Über Fachkräftegewinnung nachdenken - „Flüchtlingshysterie“ beenden**

Zwei Stunden dauerte die Debatte zum Thema Grenzsicherung und illegale Einwanderung. Unserem ehemaligen Ministerpräsidenten platzt dabei fast der Kragen und er meldete sich zu Wort.

Er sagte, der Staat müsse endlich auf die neue Situation reagieren und nicht die Bevölkerung weiter verunsichern. Asyl ist ein Grundrecht, aber 2015 dürfe sich so nicht wiederholen. Das ist genau der Zwiespalt, meinte Sellering. Deshalb befürwortete er die Suche nach einer Kompromisslösung innerhalb der EU.

Jochen Schulte sagte zum Thema Fachkräftemangel, dass die Unternehmen in M-V bereits jetzt große Mühe haben, offene Stellen zu besetzen. Das ist eine Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Dieser Bedrohung können wir nur begegnen, wenn wir über ein Zuwanderungsgesetz um qualifiziertes Personal im Ausland werben können. Dabei muss geregelt werden, dass ausländische Fachkräfte hier auch gute Löhne erhalten. Zuwanderung darf nicht zu Lohndumping führen. Gleichzeitig müssen wir über neue Wege nachdenken, wie wir jungen Menschen aus dem europäischen Ausland die Möglichkeit geben, bei uns eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen. Damit würde der

Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Südeuropa begegnet, gleichzeitig würden wir die Ausbildungsbetriebe im Land wenigstens zeitweise entlasten.

Diese Diskussion ist weit wichtiger als die scheinbar alles überlagernde Diskussion über Flüchtlingszahlen, die erstens deutlich sinken und zweitens in M-V so gut wie keine Rolle spielen., meinte Schulte.

## **Meine Ausschussarbeit**

### **Finanzausschuss**

Der Finanzausschuss hat vom 5. Juni bis 7. Juni 2018 einen Informationsbesuch in Brüssel durchgeführt. Das Ziel der Reise bestand darin, sich mit Abgeordneten des Europaparlaments, Vertretern der Europäischen Kommission, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel und des Informationsbüros des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) über die neusten Entwicklungen in den für M-V wichtigsten Politikbereichen auszutauschen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses hatten das Glück, einen persönlichen Gesprächstermin mit dem Haushaltskommissar Oettinger zu bekommen, obwohl dieser aufgrund der laufenden Verhandlungen und Beratungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einen sehr angespannten Terminkalender hat. Im Rahmen der Beratung erläuterte der Haushaltskommissar die Notwendigkeit dafür, dass der Haushaltsplan für 7 Jahre aufgestellt werden müsse. Ferner hat er verdeutlicht, welche besonderen Herausforderungen bei der Aufstellung des neuen MFR bestanden. Einerseits sei der Brexit und der damit einhergehende Verlust des zweitgrößten Nettozahlers zu verzeichnen und andererseits hätten die Mitgliedstaaten zudem neue Aufgaben auf die europäische Ebene übertragen. Im Weiteren ging der Haushaltskommissar auf die seitens der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung der Einzahlungen der Mitgliedstaaten sowie die ebenfalls vorgeschlagenen Kürzungen von Mittel ein.

### **Ausschuss der Regionen**

Die Fachkommission ECON hat ihre auswärtige Sitzung und eine Konferenz zum Thema „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch die Digitalisierung“ in Bukarest abgehalten. Neben der Finanzierung nachhaltigen Wachstums werden dort Stellungnahme-Entwürfe zum Paket „Steuergerechtigkeit“ und zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft diskutiert.

Ich habe im Rahmen eines Meinungsaustauschs während der 19. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft des Ausschusses der Regionen (ECON) über den „EU-Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ referiert. Die von ihm zu erarbeitende Stellungnahme bezieht sich dabei auf die Mitteilung der Kommission COM (2018) 97 final und nimmt neue Legislativvorschläge der EU-Kommission in den Blick.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Herzliche Grüße



Tilo Gundlack